

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Vertrieb: wöchentlich Samstag, Abonnementspreis durch die Post bezogen: vierteljährlich 1,20 M., halbjährlich 2,40 M., einjährig 4,80 M. Einzelhefte 10 Pf. Adressen: 76 Pf., Verlags- und Vertriebsstellen: 1 Pf.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Sonntag 11. Februar 1920. Inhalt der Redaktion: Samstag, Sonntag 11 Uhr, Aufsätze und Besprechungen: Freitag und Samstag.

Wichtige Anzeigenannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 6.

Duisburg, den 7. Februar 1920.

21. Jahrgang

Die zukünftige Eisenerzversorgung Deutschlands.

Eine Frage von eminentester Bedeutung ist die zukünftige Eisenerzversorgung Deutschlands. Durch den Verlust Ostpreussens sind wir unserer Eisenerzfelder größtenteils beraubt und wir sind jetzt auf das angewiesen, was wir vom Ausland beschaffen oder was noch sonst an Eisenerz sich in Deutschland befindet. Das Eisenerzvorkommen im Siegerland und bei Ilse ist nicht hin, um auf eine größere Zeitspanne uns genügend mit Eisenerz zu versehen und wir müssen uns nach neuen ergiebigen Quellen umsehen, um die Eisenindustrie leistungsfähig und wirtschaftlich billig produzierend zu erhalten. Da weist man Landesamtsrat Dr. Bachmann in einer Schrift, die sich mit der Bedeutung des Mittellandkanals für die Erschließung der Bodenschätze des Harzes befaßt, auf den Erzreichtum des Harzes hin, der der deutschen Industrie sehr zu statten käme. Er schreibt:

Ehe der Harz in seinen Dornröschenschlaf versank, war er der Stütze der berühmten Bergwerksindustrie. Noch heute ist Mansfeld der größte Kupferproduzent Europas und der Harz die bedeutendste Gewinnungsstätte für Silber in Deutschland. Es ist unabweisbar, daß im Harz noch große Schätze an Silber, Blei, Zink, Schwefelzinn und Kupfer liegen, und daß insbesondere im anhaltischen Teil des Harzes der einstige Bergbaubetrieb aufgegeben wird, wenn die erforderlichen Voraussetzungen sich erfüllen: günstige Metallpreise, großzügiger Abbau und die Südbahn mit der Saarbrückenlinie. Für eine geraume Zeit wird man sich wohl kaum günstige Metallpreise denken können. Man sieht zwar die Silber-, Blei-, Zink- und Schwefelagerstätten zuweilen ausgebeutet, aber ungleichmäßig verteilt und nicht sehr ergiebig. Nur ein großartig organisierter Abbau kann ein gutes Ergebnis gewährleisten. Mit Hilfe des elektrischen Schmelzverfahrens wären die Erze an Ort und Stelle so zu konzentrieren, daß sie in geeigneter Entfernung von den Gruben verfrachtet oder aber die Konzentrationserzeugnisse unter der Voraussetzung günstiger Frachtbedingungen nach den Verhältnissen der Eisen- und Stahlindustrie verschifft werden könnten. Hierbei offenbart sich sofort die Bedeutung des Südbahnprojektes. (Südbahnführung d. Mittellandkanals.) Seine Durchführung erfordert zum Zweck der gleichmäßigen und ausreichenden Wasser- und Energieversorgung des Kanals die Anlage von Talsperren und Staumauern in den Tälern der Bode, Oker und Eder. Mit diesen Talsperren sind Kraftwerke mit einer gesamten Dauerleistung von rund 12 000 Pferdekraften verbunden. Die elektrische Energie kann danach auf geringe Entfernung von den Verfrachtungsstellen genommen werden. Weiter ermöglicht die Südbahn eine vorteilhafte Verfrachtung der Konzentrationserzeugnisse des Harzes nach den rheinisch-westfälischen Verfrachtungsplätzen, sofern eine Verfrachtung an Ort und Stelle nicht wirtschaftlich sein sollte.

Noch günstigere Aussichten hat der Eisenerzbergbau unter dem Einfluß der Südbahn. Nur wenige wissen noch, daß im Harz in früheren Jahrhunderten eine blühende Eisenindustrie bestand, die von solchem Umfange und solcher Bedeutung war, daß man von dem Mittelharzer Industriegebiet sprechen könnte. In einfacher Weise wurde auf Hunderten von Kohlenfeldern und Schmelzhütten das Erz ammelbar an den Lagerstätten verfrachtet. Die Namen von Ortschaften und alten Straßen, z. B. Schlackenhausen, Wingen und Halden sind hierfür sprechende Zeugen. Als dann an die Stelle des einfachen Gewinnungsverfahrens mit Rost besetzte Hoheöfen traten und das Erz seit dem Bau von Eisenbahnen an die Gewinnungsstellen der Stahlwerke gebracht werden konnte, mußte der Harzer Eisenerzbergbau erliegen. Die letzten Versuche sind mit dem Erz aus dem Hüttenroder Revier in Blankenburg gemacht worden, wo während der Jahre 1875—95 zwei kleine Hoheöfen betrieben wurden. Es läßt sich unabweislich nachweisen, daß das erhaltene Roststein aus dem bis dahin der Markt beherrschenden schottischen Eisenminerals gleichwertig war, daß aber die Produktion eingestellt werden mußte, weil die hohen Rostfrachten die Verfrachtungskosten weit über die Rostverfrachtbarkeit liegenden. Auch der Versuch, die Erze nach den rheinisch-westfälischen Verfrachtungsplätzen zu schicken, scheiterte an den hohen Eisenbahnfrachten. Die Erzfelder des Harzes sind nach den heutigen Verhältnissen für wirtschaftliche Hütten 50—60% höher als die Erze der Linette und die spanische Erze.

Es ist klar, daß die geringe Wettbewerbsfähigkeit des Harzer Eisenerzbergbaus zum Stillstand bringen mußte. Diese Verhältnisse wären durch die südliche Eisenbahnführung des Mittellandkanals völlig umgestaltet worden. Die gegenwärtig bekannten Eisenerzvorkommen des Harzes sind das Roststeinlager bei Clausthal-Zellerfeld im Oberharz (das aber nicht ohne weiteres abbaubar ist), weiter das Roststeinlager bei Andreasberg, Lauterberg und Zorge, schließlich die Spateisensteinlager des Oberharzes bei Strahberg-Schwennda. Es ergeben sich die Fragen, ob die Eisenerzvorkommen betriebsmäßig und bauwürdig sind, um bei günstigen Frachtverhältnissen die in großartig organisierter, dem Abbau geförderter Erze nach Westfalen zu verschifften, und weiter, ob sie darüber hinaus demartig umfangreich sind, um in nächster Nähe der Wasserstraßen, ohne bei Selbstkosten, eine neue, wirtschaftliche Schmelzanlage zu errichten. Das wichtigste Eisenvorkommen bei Clausthal-Zellerfeld bei Clausthal-Zellerfeld, weiter das Roststeinlager bei Lauterberg, Lauterberg und Zorge, schließlich die Spateisensteinlager des Oberharzes bei Strahberg-Schwennda. Es ergeben sich die Fragen, ob die Eisenerzvorkommen betriebsmäßig und bauwürdig sind, um bei günstigen Frachtverhältnissen die in großartig organisierter, dem Abbau geförderter Erze nach Westfalen zu verschifften, und weiter, ob sie darüber hinaus demartig umfangreich sind, um in nächster Nähe der Wasserstraßen, ohne bei Selbstkosten, eine neue, wirtschaftliche Schmelzanlage zu errichten.

Diese als sehr bedeutend bezeichnet. Diese Schmelzhütten dürften nach neuerdings gewonnenen praktischen Erfahrungen in der Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Da nun ein vorzeitlicher Hoheofen eine tägliche Produktion von 1000 Tonnen Erz beansprucht, so würde man für mehrere Millionen Tonne mit eigenen Eisenerzen auskommen können. Daneben würden die Vorräte der Spateisensteinlager des Harzes bei Strahberg-Schwennda, die auf 2 1/2 Millionen Tonnen Mindestmenge geschätzt werden, eine vorteilhafte Ergänzung dieser Hoheofenanlage bedeuten.

Aber auch die nördlichen Vorkommen des Harzes, also das Gebiet von Salzgitter-Okerwied-Haberstadt-Duisburg, weisen nach neueren Feststellungen zahlreiche Erzlagerstätten auf, die zwar nicht durchwegs bauwürdig sind, aber doch eine große Anzahl wirtschaftlicher Bergbaubetriebe ermöglichen würden, wenn durch die Erleichterung von Hoheöfen in der näheren Umgebung eine Nachfrage nach diesen Erzen entstände oder aber durch eine günstigere Frachtstellung die Gewinnungsstätten näher an die wirtschaftlichen Produktionsstätten gerückt würden. Der Erzreichtum des Salzgitterer Berges, der sich etwa 10 Kilometer nördlich und südlich Salzgitters erstreckt, wurde in erster und zweiter Reihe auf etwa 60 000 000 Tonnen geschätzt. Die Vorräte in dritter Reihe werden als außerordentlich groß bezeichnet. Da nach Urteilen maßgebender Sachverständiger diese Erze heute als abbaubar angesehen werden müssen, kann die Erzmenge des Salzgitterer Berges auf annähernd 500—600 Mill. Tonnen geschätzt werden. In dem Harzvorlande östlich Salzgitters sind die Erzvorkommen von Hartzburg und Okerwied bereits bekannt. Weitere werden zweifellos gefunden, wenn die Untersuchungen durch den Bau der Südbahn — die Mittelbahn wird hier überhaupt nicht mehr ein — gegeben werden. Diese Feststellungen sind durch die Maßnahmen der Preussischen geologischen Bundesanstalt neuerdings bestätigt worden. Es wäre geradezu ein Frevel an unserer Volkswirtschaft, wollte man an diesen Tatsachen nichts vorbeigehen.

Selbst abgesehen davon, daß Dr. Bachmann in dieser Sache pro domo — nämlich für die südliche Seite des Mittellandkanals — spricht, sollten doch unter allen Umständen größere geologische Forschungen in Bezug auf das Eisenerzvorkommen im Harz vorgenommen werden, damit man nicht nur auf ein Mutmaßungen angewiesen ist. Wir müssen jetzt Eisenerze hernehmen, wo wir sie bekommen können, und hoffentlich liefert der Harz soviel, daß wir fürs erste aus der großen Notlage herauskommen.

Volksernährung und Auslandshilfe.

Dr. v. d. Boom.

Während die Regierung unsere Ernährungsfrage trotz mancherlei Warnungsschreien noch ziemlich optimistisch beurteilt, sehen Praktiker des Wirtschaftslebens sie mit weniger günstigen Augen an. Nicht beachtenswert erscheint uns neben anderem auch die Auffassung der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau (17. Januar) des Organs des sozialistischen Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. „Daß wir einer ganz kritischen Zeit auch hinsichtlich unserer Ernährung entgegengehen und daß ein rechtzeitiges Eingreifen auf höchstem Möglichkeiten ein Gebot der Gewissenhaftigkeit und des Verantwortlichkeitsbewußtseins ist.“ Nach den Mitteilungen des für die Volksernährung zuständigen Reichswirtschaftsministeriums (13. Januar) ist neben einer klärenden Stellungnahme der noch im Inland vorhandenen „ohne jeden Zweifel erheblichen“ Vorräte die rechtzeitige Einfuhr von Auslandserzeugnissen im Auge zu behalten. Er schon im Augenblick aber besonders nachdrücklich zu betonen, würde, abgesehen von dem bei dem jetzigen schlechten Wertstand fast unerwünschten Preisen, ein Fehler sein, da das Bereithalten größerer Mengen von teurerem Auslandserzeugnisse zu einer Zeit, wo die einheimische Landwirtschaft noch erhebliche Mengen abgeben kann, sicherlich auf die Wohlfahrtsfreudigkeit der Landwirtschaft außerordentlich ungünstig einwirken würde.

Damit gewinnt die Frage an Bedeutung: wie steht es dem überhaupt mit der Auslandshilfe, wie hat sich denn die außerordentliche Landwirtschaft im Verlaufe des Krieges entwickelt, namentlich diejenige Amerikas? Darauf sind einige lehrreiche Antworten Dr. Schlittenbauer in Nummer 2 der Volkswirtschaftlichen Zeitschrift des Bayer. Kurier. Erwa von Frankreich, England oder Italien etwas erwarten zu wollen wäre ein völlig hoffnungsloses Beginnen. Frankreich, dessen Weizenanbau im Jahr 1919 auf 48 Millionen Doppelzentner veranschlagt wurde, während sein durchschnittlicher Verbrauch 90 Millionen Doppelzentner beträgt, hat einen Fehlbetrag von 42 Millionen Doppelzentner. England, dessen Weizenanbau im Jahre 1919 sich auf etwa 21 Millionen Doppelzentner belief, während der Durchschnittsverbrauch 75 Millionen beträgt, hatte ein Defizit von 54 Millionen. Italien, das bei einer Ernte von 42 Millionen Doppelzentner 70 Millionen verbraucht, bedarfte im abgelaufenen Jahr selbst eines Zuschusses von 28 Millionen. Wie steht es denn nun mit Amerika? Die Ernte an Weizen weiten in den Vereinigten Staaten von 1918—1919 von 422 Millionen Bushels auf 728 Millionen Bushels, die des Getreideanbaus von 189 Millionen Bushels auf 209 Millionen, die des Weizens insgesamt von 640 Millionen Bushels auf 941 Millionen Bushels, die des Roggens von 47 Millionen Bushels

auf 88 Millionen; dagegen weist die Weizen-ernte einen Rückgang auf. „Nun läßt die gewaltige Steigerung, die hauptsächlich unter dem Einfluß der bedeutenden Preissteigerungen entstanden ist, erwarten, so lautet Dr. Schlittenbauer, auf die Dauer die Versorgung Europas nicht sichergestellt, insbesondere wenn irgend eine Mhermie in Amerika oder die in Australien so häufig vorkommende Dürre den Ernteertrag der transkontinentalen Erntegebiete bedeutend vermindern sollte. Aber selbst dann, wenn die jetzigen Ernteerträge in der Lage wären, Europa dasjenige mit Brotgetreide zu versorgen, dürfte sich Europa darauf nicht einstellen, wenn es nicht wirtschaftlich vollständig in die Abhängigkeit der anderen Welt kommen und nicht durch Deckung seines wichtigsten Lebensmittelsbedarfes im Ausland vollständig versorgt wird.“ Demgegenüber kann die Rot Mittel- und Westeuropas an den wichtigsten Rohstoffen, auf die Dauer nur bezogen werden, wenn die europäischen Getreideländer, Ungarn, Rumänien, Ukraine und Rußland wiederum festgemacht werden.

Aber nicht bloß auf dem Gebiete der Brotversorgung droht Europa in völlige Abhängigkeit von der übrigen Welt zu geraten, auch auf dem Gebiete der Fleischversorgung bestehen nach Dr. Schlittenbauer nach dieser Richtung hin schwere Gefahren. Die Viehbestände in Nordamerika, in Indien, in Japan haben sich während des Krieges um 10 Prozent vermindert. Im gesamten Europa sind die Vorkommen gewaltig zurückgegangen. Die Schafbestände Frankreichs sind im Jahre 1918 auf 9 1/2 Millionen heruntergesunken gegenüber 18 Millionen im Jahre 1913. Frankreichs Schweinebestände sind von 7 Millionen im Jahre 1913 auf 4 Millionen im Jahre 1918 gesunken. Noch viel größer war der Rückgang in Rußland während des Krieges. In England sind die Schafbestände von Jahr 1912 bis zum Jahr 1918 von 27 1/2 auf 21 1/2 Millionen gesunken. Die Schweinebestände von 22 Millionen auf 1,9 Millionen.

In Deutschland ist der Bestand der Schafe im Jahre 1918 um 4 Millionen gesunken, der Bestand der Schweine um 16 Millionen. Nur der Bestand der Schafe ist geblieben wegen der hohen Wollpreise. Der ganze Rückgang der deutschen Viehbestände von 1880—1910 ist dahin. Ein bedeutendster ist die starke Abnahme an Jungvieh, im Alter von drei Monaten bis zu zwei Jahren vom Juni 1917 bis zum Juni 1918 von 7 Millionen auf 4,8 Millionen. Unsere Milchvieh- und Ferkel sind gegenüber den letzten Friedensjahren um nahezu 3 Millionen zurückgegangen. Wenn man bedenkt, daß wir noch 420 000 Milchvieh der Ernte liefern sollen, so kann man daraus ersehen, in welche Gefahr die deutsche Viehproduktion nach und nach gerät. Ueber die russischen Viehbestände und die der Länder der ehemaligen Zarenmacht an europäischen Monarchie stehen dem Verfasser keine Zahlen zur Verfügung. „Aber jedenfalls wird der Rückgang“, so folgert er, dort bei der nationalen Wirtschaft, der wahren Sinnigen Veranschaulichung ein gewaltiger sein, während in Amerika die Viehbestände um 10 Prozent gestiegen sind und sich die Schafe seit 1914 von 58 1/2 Millionen auf 75 1/2 Millionen vermehrt haben. Der Rückgang unserer Viehbestände bedeutet noch eine weit größere Abhängigkeit in der Versorgung der Bevölkerung Europas mit Häuten und Leder, als dies schon vor dem Krieg der Fall gewesen ist. Deutschland hat ja schon vor dem Krieg die Hälfte seiner Häute aus dem Ausland bezogen.

Wir glauben, diese denkwürdigen Zahlen Dr. Schlittenbauers genügen, um die gewaltigen Veränderungen darzutun, welche der Krieg hinsichtlich der heimischen Vieh- und Fleischproduktion hervorgerufen hat. Des Bedauerns und Gefährliche an der ganzen Situation ist der starke Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge infolge des im Kriege getriebenen Aushubes und dem beträchtlichen Mangel an Düngemitteln. In den 25 Jahren von 1888 bis 1913 stiegen unsere durchschnittlichen Ernteerträge, in fünfjährigen Perioden berechnet, auf der gleichen Fläche bei Weizen, Gerste, Hafer und mehr als ein Drittel, bei Kartoffeln um 31 v. H. und bei unserer Hauptfrucht, dem Roggen, um mehr als die Hälfte. Das bedeutet, daß auch die Unabwägbarkeit sich erheblich vergrößert hatten, in 25 Jahren eine jährliche Gesamterzeugung unserer Ernteerträge um mehr als 48 v. H. und bei dem Brotgetreide allein sogar um 53 v. H. Auch bei den übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen waren die Steigerungen annähernd die gleichen: bei der Milchproduktion betragen sie über 55 v. H., bei der Getreideproduktion sogar über 100 v. H. Kein anderes Land der Welt hatte — auch bei weitaus nicht günstigen Klimatischen oder Bodenverhältnissen — auch nur annähernd gleiche Erträge von der gleichen Fläche aufzuweisen. Die deutsche Landwirtschaft markierte vor dem Kriege in der Tat in technischer Hinsicht weit aus an der Spitze aller Länder der Erde.

Es muß daher unser ernstes Bedauern sein, die einseitige Erzeugung von Rohstoffen nach besten Kräften zu haben. Mittel zu diesem Zweck sind die Gewährung angemessener Preise für die landwirtschaftlichen, zur Volksernährung bestimmten Produkte, die Heranzüchtung der Bevölkerung bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Rohstoffwirtschaft, die Einräumung des notwendigen Anlasses in der Beschaffung der Rohstoffwirtschaft und in den Einrichtungen der Volksernährung, die u. a. m. Nicht Amerika kann uns auf die Dauer die Volksernährung liefern, sondern nur eine selbständige Eigenversorgung, und eine Weiterentwicklung Europas.

Die Christen leben auch noch?

Die für einen wackelnden Sozialdemokraten überaus erschreckliche Frage wird in einem Flugblatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes (7. Bezirk) an die Vertrauensleute dieses Verbandes gerichtet. Wir wollen wirksam nicht verschleiern, dieses von flüchtiger Majorität strotzende Blattchen zum Abdruck zu belangen. Es heißt da:

An die Vertrauensleute des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Was lehren umstehende Zahlen?

Umstehend unterbreiten wir unsern Kollegen eine Gegenüberstellung der Mitgliederzahl unserer Organisation und des Christlichen Metallarbeiterverbandes im 7. Bezirk (7. Bezirk). Wie die Resolution in Deutschland sich zu einer sozialistischen Ausrichtung und die deutschen Proletarier diese nach sozialistischen Zielen strebende Umwandlung mit lebhaftem Enthusiasmus begrüßten, da glaubten wir und wohl viele Kollegen mit uns, daß die nichtsozialistischen Arbeiterorganisationen zu einem Nichts zusammenschmelzen, oder zu unbedeutenden Schuppenträger des sterbenden Kapitalismus herabstufen würden. Doch als einige Monate ins Land gegangen, wagten auch unsere Gegner im Arbeiterlager sich wieder ans Tageslicht und siehe da, noch zahlreiche Arbeiter folgten den Schwärmergeschäften. Umstehende Zahlen des Christlichen Metallarbeiterverbandes beweisen dies.

Wie war ein Fortschritt der Christen in diesem Ausmaß möglich?

Es ist notwendig, daß sich die Vertrauensleute zusammensetzen und über etwaige Fehler der Organisation in den einzelnen Verwaltungsjahren diskutieren. Vor allem sollten folgende Fragen ventiliert werden: Ist der am Orte bestehende Vertrauensmännerapparat in allen Teilen leistungsfähig? Erfolgt die Vertrauensleistung und die damit zusammenhängende Führerkontrolle regelmäßig? Hat fortlaufend und bei allen Angelegenheiten eine umfassende Aufklärung in Wort und Schrift über Zweck, Tendenz und Ziele unseres Verbandes stattgefunden?

Diese Fragen sollten eingehend diskutiert und etwaige Mängel unverzüglich abgestellt werden. Wir möchten dieses Zirkular nicht hinausgehen lassen, ohne unsere Kollegen zu ermahnen, politische und sonstige Meinungsverschiedenheiten sachlich und kollegial auszutragen. Es bestehen in manchen Betrieben geradezu haarsträubende Zustände. Die Geschlossenheit unserer Organisation ist unser Stolz und unsere Stärke. Sollen die Christen und alle anderen Gegner nicht aus der Minderzahl unserer Kollegen den größten Vorteil ziehen? Wie kommt es, daß an Orten, wo eine alte sozialistische Arbeiterbewegung besteht, wie Essen, Düsseldorf, Duisburg usw. die Christen in beratender Stärke vertreten sind. Die Kollegen beratender Orte sollten mit aller Kraft dazu übergehen und der Ursache nachforschen, wie dies geschehen konnte. Sind sich unsere Kollegen über die Geschäfte und Entwicklung der Christlichen Gewerkschaften klar? Nicht Arbeiter, sondern Priester, Fabrikanten, Kaufleute und andere Interessenten standen an der Wiege der christlichen Gewerkschaften. Sie sind gegründet worden, um die immer mächtiger anschwellende sozialistische Arbeiterbewegung zu zerstückeln und die Stütze der Arbeiterkraft zu lähmen. Diesem ursprünglichen Programm sind die Christen bis heute treu geblieben.

Deshalb, Kollegen, seid auf der Hut!

Wahrt die Einigkeit und Geschlossenheit eurer Organisation! Wacht auf eure Gegner im Arbeiterlager! Unser Stolz, unsere Waffe und unsere Stärke ist der Deutsche Metallarbeiterverband!

Das Flugblättchen wundert sich Stein und Wein darüber, daß nicht alle Arbeiter sozialdemokratisch denken, sondern daß die 777 Christen „Fortschritte in solchem Ausmaß“ machen konnten. Das sollte dem Schreiber doch wenigstens zu denken geben, daß eine sehr große Anzahl Arbeiter die sozialdemokratischen Grundzüge mit Recht nicht anerkennen, sondern auf dem Boden der christlichen Weltanschauung unter Führung der politischen und religiösen Neutralität sich ihre Rechte erringen wollen. Diesen wichtigsten Pfeiler der Gewerkschaftsbewegung, religiöse und politische Neutralität, hat die

sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung seit ihrem Bestehen bekämpft und damit hat sie den Keil in die Arbeiterkraft hineingetrieben.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung mußte deshalb gegründet werden, weil die christlich denkenden Kollegen keine Entscheidungsstimmen sind und ihre politische und religiöse Anschauung nicht mit Füßen treten lassen wollten.

Aber der Grund dieses Flugblättchens liegt ja irgendwo anders. Im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband. Daß sich durch den Kampf zwischen U.S. und Mehrheitssozialisten ein solcher Staat angedeutet, daß man den bekannten Ablenkungsstappen wieder einmal kräftig vor den Augen der roten Mitglieder herumschwenken muß, um diese von dem Brot und Mist im eigenen Lager abzubringen. Der offene Feind der Christen ist nicht die Arbeiterbewegung, sondern die „sozialistische Bewegung“. Es bestehen in manchen Betrieben geradezu haarsträubende Zustände. Ja, da liegt der Hase im Pfeffer. Wie wollen so freundlich sein und etwas zur Umkehrung dieses „brüderlichen Zusammenstehens“ zwischen U.S. und Mehrheitssozialisten in den Betrieben beitragen: Und bitte alles laut „Vorwärts“. Und der muß es doch wissen.

In der U. S. G. in Berlin wollte U.S. vor ein paar Wochen einen 24-stündigen Streik auslösen. 200 Mann schickten mit Gewalt Licht und Maschinen aus. Arbeiter, die nicht schnell genug dem Führen folgten, erhielten die größten Schimpfparole und Prügel. Um meilen hat sich ein ehemaliger Gefolge herbeigeholt, was weiter nicht Wunder nimmt. Einem Genossen wollte man mit einer Peitsche den Schädel einschlagen.

In Neukölln setzten die U.S.-Genossen den M.S. Genossen Vorwärtler an die Lust, weil er der Entwässerung angehöre und magten ihn brotlos.

Christlicher Metallarbeiter

sein, heißt: Stark und unerschrocken auf seinen

Grundsätzen

beharren, tatkräftig für die

Ideale

unseres Verbandes eintreten u. Standesarbeit leisten für die

geistige

und materielle Hebung.

Ein Genosse hat kürzlich im „Vorwärts“, daß die M.S.-Genossen in den Betrieben des Lebens nicht mehr sicher wären. Nahezu ist schon „bereitschaftlich“ eine Schraube an den Kopf geschlagen.

Ja, das sind freilich „haarsträubende Zustände“, die zwischen den Genossen ein und derselben Organisation sich vorfinden. Und diese Leute wollen den Arbeiterstand auch kulturell und geistig höher bringen? Der Genosse im „Vorwärts“ hat Recht: „Unabhängige Leute machen sie etwas nicht mit.“ Das stimmt. Deshalb hat der Christliche Metallarbeiterverband auch eine so große Anzahl Uebertrittler vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband zu verzeichnen. In Berlin wollen wir dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, 7. Bezirk, zu seiner „Verursachung“ mitteilen, daß die christlichen Metallarbeiter jetzt erst recht an die Arbeit für die Ziele und Ideale des Christlichen Metallarbeiterverbandes gehen und daß sie darin nicht ruhen und rasten, sondern zeigen werden, daß der Christliche Metallarbeiterverband auf der ganzen Linie marschiert.

Durchgehende achtstündige Arbeitszeit.

Ueber diese Frage zu urteilen, war der Schlichtungsausschuss in Gelsenkirchen durch einen Klageantrag der Arbeiterkraft der Gute-Hoffnungshütte Oberhausen, Abteilung Drahtindustrie, Gelsenkirchen, vormalig Becker & Co., gezwungen.

Zur Begründung der Klage führten die Vertreter der Arbeiterkraft aus, daß die Verhältnisse der Arbeiterkraft als auch die des Betriebes sehr wohl den Fortfall der in den einzelnen Schichten liegenden halbstündigen Pausen nicht nur zuließen, son-

dern auch angelehnt unserer Wirtschaftslage notwendig machten. Besonders sei die damit verbundene Erparnis von Licht und Kohlen sowohl im Betriebe wie in den Familien Arbeiterfamilien anzuführen. Anstatt Arbeitsurlaub um 11 Uhr abends, bringe die verlangte Neuregelung diesen bereits um 10 Uhr. In einer Arbeiterfamilie, besonders wo mehrere Mitglieder derselben im Erwerb leben ständen oder Kinder die Schule besuchen, bedeute der späte Arbeitsurlaub eine sehr bedeutende Kostensteigerung für die Haushaltsführung und Anspannung der Hausfrau, weil immer wieder morgens in der Frühe Licht angezündet und Kohlen verheizt werden müßten. Der Tag werde unruhig verlängert. Die vom Werk weit abwohnenden hätten nach der Spätschicht keine Gelegenheit zur Benutzung der elektrischen Straßenbahn, was den Tag weiter verlängere. Eine volle Ausnutzung der Wochenlohnkarte sei nicht möglich und so auch ein größerer Schulverschleiß die Folge. Eine Produktionsminderung wird nicht eintreten, da die Arbeiter zum weitaus größten Teil in Alford beschäftigt sind und diese ein großes Interesse daran haben, um ihres eigenen Verdienstes willen, daß die Schichtarbeiter in ihren Hilfsleistungen mitkommen. Die Arbeiter wünschten nicht aber 10 Uhr abends im Betrieb sein zu müssen.

Dieser Begründung stellte der Betriebsrat entgegen, daß im allgemeinen folgendes besagte: Mit der Verkürzung der Arbeitszeit eine Produktionsverminderung eintreten und wenn die Arbeitszeit verkürzt wird, so wird die Verminderung größer. Nur ein Bruchteil der Arbeiter hat im Werk Alford und die Schichtarbeiter kommen nicht mit. Die Folge ist Produktionsverminderung und wenn eine Verdienstminderung für die Alfordarbeiter eintreten, folgt das Verlangen einer Lohnsteigerung. In der Sekerei hat alles Schichtlohn, dort wird eine 4-stündige Pause während der acht Stunden verlangt, was einer Arbeitszeit von 7 1/2 Stunden, also einer Verkürzung entspricht, und doch sollen acht Stunden weiter bezahlt werden. Wenn dem Verlangen der Arbeiter stattgegeben wird, kommt ein großes Durcheinander im Betriebe, weil jeder seine Pause macht, was es ihm beliebt, also die größte Unordnung. Eine Kontrolle ob und wie lang der Einzelne Pause hält, fehlt dann vollständig. Das Durcheinander vergrößert sich noch, weil nach der geschäftlichen Vorkaspiration die weltlichen und jugendlichen Arbeiter Pausen haben müssen, und zwar von einer halben Stunde. Dampf- und Maschinenbetrieb verlangen aber auch Pausen, um die notwendig sich ergebenden Reparaturen ausführen zu können. Aus dem Grunde haben die Reparaturschlösser andere Zeitpausen. Das Familienleben wird nur höchstens alle 14 Tage unangenehm gelidert. Wenn aber die Arbeiterkraft ein so großes Gewicht auf Pausen legt, hätte sie unserem Wünsche entsprochen und von 8 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags gearbeitet, mit einer regelrechten Mittagspause, aber man will arbeiten von 8 bis 2 Uhr. Sie lehnt es also ab, die Mittagsmahlzeit im Werke der Familie zu nehmen, und doch wird auf Familienpflege so hingewiesen. Die Art unserer Arbeit im Betriebe und Gesundheitsfürsorge erfordern, daß sich die Leute, bevor sie das Brot in den Händen nehmen, die Finger waschen, also nicht abwechselnd essen und arbeiten. Die elektrische Straßenbahn bemerken von den Arbeitern des Werkes etwa 3 Prozent. Die Mehrzahl wohnt etwa 10 Minuten vom Werk entfernt. Die Arbeiterinnen die heute infolge gesetzlicher Bestimmungen, und um die 16-stündige Arbeiterruhe zu erzielen nur 7 1/2 Stunden arbeiten, erhalten auch nur diese wirkliche Arbeitszeit bezahlt. „Erfassung“ und „Berechnung“ steigt, je höher der Lohn, um so geringer die Leistung. Die Leute können jetzt bequemer ihr Brot mit warmen Kaffee auf den sie nach eigener, hier gemachter Aussage nicht verzichten können, einnehmen. Im Sommer können sie während der Pause an die frische Luft gehen. Der Betrieb hat jetzt einen geregelteren Gang. Das alles fällt fort, wenn es so gemacht wird, wie die Arbeiter es wollen. Die Frage, 4-stündige Pausen einzuführen, ist ebenfalls nicht durchführbar, um dadurch den Arbeitsurlaub abends 10 1/2 Uhr zu erreichen und ist eingehend mit dem Betriebsrat erörtert worden. Es ist bei den bisherigen Verhältnissen zu belassen.

Der Gewerberat, gutachtlich vernommen, erklärt, daß die gesetzlichen Bestimmungen beizubehalten wären und befürchtet, wenn den Wünschen der Arbeiterkraft stattgegeben würde, eine Produktionsverminderung. Auch hält er es für unmöglich, ohne Pausen durchzuarbeiten.

Nach manchem für und wider zwischen den Beteiligten und dem Schlichtungsausschuss fällt dieser folgenden Schiedsspruch:

„Nachdem die Vertreter der Arbeiterkraft sich mit dem vom Schlichtungsausschuss gemachten Vorschlag, die Frühlingszeit wie bisher mit halbstündiger Pause zu belassen, dagegen die Schichtlohnkarte ohne Pause von 2 1/2 bis 10 1/2 Uhr abends dauern zu lassen, einverstanden erklärt haben, wird der Beschwerdegegner in

Der soziale Geist im Zunftwesen.

Der Aufbau und die Neuorientierung unseres gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftslebens kann sich nur vollziehen auf der Grundlage des sozialen Gedankens, des Gemeinheitsgeistes. Dieser Gemeinheitsgeist ist trotz aller Schriften und Reden aus unserm Zeitalter herangefahren worden durch den extremen Individualismus, nach dem der Mensch das Maß aller Dinge ist, während die Gesamtheit erst an zweiter Stelle kommt. Schuld daran ist die ganze Zeit- und Weltanschauungsrichtung unserer Tage, zu denen die sogenannte materialistische Geschichtsauffassung der Sozialdemokratie ein erhebliches Maß beigetragen hat. Wenn wir wieder und zu unserem Gemeinheitsgeiste emporkommen wollen, dann müssen wir ein Fundament heben, das als ersten Programmpunkt die sittliche Gleichberechtigung aller Menschen verkündet. Dieses Fundament ist das Christentum. Zweimal in der Geschichte der Menschheit hat das Christentum, solange keine Herren noch Leibeigener in den Herzen der Menschen waren, soziale Taten hervorgerufen, die unersättlich in der Geschichte der Welt haften:

Das ist erstens die Aufhebung der Sklaverei, zweitens die Kraft des christlich-sozialen Gedankens im Zunftwesen durch ein paar Jahrhunderte (siehe auch Nr. 22, 1919, des Verbandsorgans: Christentum und sozialer Friede).

Um es gleich vorwegzunehmen, es handelt sich in diesem Artikel nicht um die Form der Zünfte, sondern um die Idee der Zunftgenossenschaft auch nicht mehr aufleben. Es kommt hierbei einzig und allein auf den Geist, den Selbstkritik- und Gemeinheitsgeist der Zünfte an, der durch das Christentum hervorgerufen worden war. Wir lassen hierüber einen gewöhnlichen „Beugen“ zeigen, den Prof. Dr. August Duden

von Bern in seiner Geschichte der Nationalökonomie zu Wort kommen. Er schreibt:

„Gilden (die kaufmännischen Verbindungen) und Zünfte (handwerkliche Verbindungen) vereinigt bilden den städtischen Zweig des mittelalterlichen sogenannten Nährstandes, der den dritten und vierten Stand in ähnlicher Weise umfaßte, wie das Freibauerentum und das höfliche Kleinrententum zusammen den ländlichen Zweig desselben bildeten. Aber unter sich standen sie in einem sich oft zu heller Feindschaft verschärfenden Gegensatz. Die Handwerker bildeten keineswegs zu allen Zeiten den Grundstock der städtischen Bevölkerung. Sie haben sich überhaupt erst ziemlich spät und maßgebend nach den kaufmännischen Gilden zu Genossenschaften zusammengeschlossen, nicht vor dem 12. Jahrhundert. Ihren Hauptzweig erhielten sie vom flachen Land, wo das Herrschaftsprinzip sich immer mehr entfaltete, was zu einer Massenflucht der Bevölkerung in die Städte führte, wo sie zunächst nur die Erlaubnis hatten, sich außerhalb der Mauern der Stadt im Bereich des Feldes anzusetzen, woraus später der Name „Waldbürger“ entstand. Zu den Bürgern der Stadt wurden sie nicht gerechnet. Sie lebten, wie wir wissen, im Verhältnis der Untertanen-Genossenschaft. Je mehr die Anziehung der Dörfer auf dem Lande zunahm, desto mehr reizten die den Städten gehörenden „Freibürger“ die Landbevölkerung an, dahin zu entweichen und sich gemäß dem Grundsatze „Die Luft der Stadt macht frei“ in deren Umkreis anzusiedeln. Daraus entstanden dann für die Städte heftige Streitigkeiten und Fehden mit dem Grundbesitzer Adel, der seine Rechte zurückforderte, was gewöhnlich vermergt wurde. Es dauerte lange, bis diese Angelegenheit sich dahin ordnete, daß eine Hürde, wenn er „Jahr und Tag“ (d. h. ein Jahr, sechs Wochen und drei Tage) in der Stadt gelebt hatte, ohne von seinem alten Herrn zurückgefordert zu sein, definitiv frei war. Sie trieben vornehmlich Landwirtschaft. Später wurden sie in den bestellten Regie-

selbst hineingezogen und mit dem Handwerksamt ausgestattet. In Zünften organisiert, bildeten sie dann einen Bestandteil der städtischen Militärorganisation.

Gegenüber den Gilden, deren allgemeines soziales Zweck auch die ihrigen waren, unterworfen sie sich doch in dem wichtigsten Punkte, daß sie nicht kapitalistische, sondern Arbeitsgenossenschaften waren. Nicht Gewinn aus geschäftlichem Einkauf und Verkauf, sondern aus lässlicher „Nahrung“ auf Grund „rechter“ Arbeit war ihr Programm. War die alte Marktgemeinschaft ein auf Ebenbürtigkeit beruhender Verband gewesen, der sich auf die Bearbeitung des Bodens stützte, wobei die handwerkstätige Arbeit nur als Nebenbeschäftigung in Frage kam, so erhob das Handwerk in den Städten umgekehrt gerade diese zur Hauptsache und trieb den Ackerbau, und zwar auf geliehenem Boden, als Nebengeschäft. Im übrigen war die Zunft wie die alte Marktgemeinschaft und auch die sonstigen städtischen Genossenschaftskategorien eine Verbindung für alle Zwecke des Lebens.

Als religiöse Einheit hatte sie einen Heiligen zum Schutzpatron; sie stiftete demselben in der Straße einen Altar, zu dessen Unterhalt sie eigene Gebäude, gewöhnlich in Wachen, erhob. Die Zunft bildete sodann eine militärisch-rechtliche Einheit, indem sie unter Anführung ihrer Zunftmeister eine Abteilung des Bürgerheeres mit eigenem Zunftbanner ausmachte. Sie besaß ihr eigenes Zunftgericht, vor das alle Fälle gebracht werden mußten, bevor das öffentliche Stadtgericht angerufen wurde. Dasselbe konnte auf Büßen und selbst Geldstrafen erkennen. Die Zunft stellte ferner eine Sondermilitäreinheit dar. Als solche war sie die Hauptmacht des Handwerksamtes, für dessen angemessene Verwaltung sie dem Rat der Stadt verantwortlich war. Es

ausgesprochen am 20. ds. Mts., diese Arbeitszeit einzuführen. Antransgemäß hört diese Regelung am 31. März auf.

Wearübungs:

Die Arbeitercharaktere beantragt ununterbrochene achtstündige Arbeitszeit je von 6—2 und 2—10 Uhr unter Vorfall der bisherigen halbständigen Pausen. Der bisherige Arbeitslauf der Spinnsticht um 11 Uhr abends ist gesundheitlich und für das Familienleben abträglich und recht ungesund.

Es mußte untersucht werden, ob die Befreiung dieses Arbeitslaufes möglich ist, ohne erhebliche andere Schäden in der Kauf zu nehmen.

1. Eine ununterbrochene achtstündige Arbeitszeit ohne wirkliche Ruhepause ist für den Körper und die Leistungsfähigkeit der Arbeiter nicht zulässig, sie darf dem Arbeiter in der Frühsticht, die er meist ohne jede warme Mahlzeit antritt, nicht zugemutet werden. Das Frühstücken aus der Hand während der Arbeit bedeutet keine Erholung und ist bei Arbeiten mit Blei und dergleichen gesundheitsschädlich. Allenfalls kann sie bei der Spinnsticht verfaßt werden, vor der eine kräftige warme Mahlzeit eingenommen ist.

2. Wieser wurden die Arbeitspausen dazu benutzt, an den Maschinen und Apparaten die notwendigsten kleinen Reparaturen und Wartungen vorzunehmen, die ohne Unterbrechung der Arbeit nicht durchführbar sind und nicht bis auf die Nacht aufgeschoben werden können. Insbesondere lag solche bei Großdrahtzuga unerlässlich. Den meisten Maschinenleuten kann ein ununterbrochener 16stündiger Betrieb nachher zugetrieben werden. Die durchgehende Arbeitszeit würde deshalb unübersehbare unerwünschte Unterbrechungen erfahren müssen.

3. Metallische und jugendliche Arbeiter müssen unbedingt ihre halbständigen Ruhepausen behalten und außerdem wenigstens 16stündige ununterbrochene Arbeiterruhe. Nimmt man den erwachsenen Arbeitern die Pause, so würden sie für die Zeit der Pause die weiblichen und jugendlichen Gefährten entbehren müssen. Auch das bedeutet Arbeitsförderung und Verlangsamung.

4. Eine etwaige Verkürzung der vorhandenen Pausen auf eine Viertelstunde, die als Kompromißvorschlag aufgegeben wurde, bedingt eine Entlassung der Arbeiter in drei verschiedenen Abschnitten, also Erleichterung der Aufsicht und Gefahr der unvollständigen Verankerung der Pause und Verschärfung der Arbeit mit Rücksicht auf die längeren Pausen der Gefährten.

5. Für die Entscheidung des Schlichtungsausschusses mußte ausschlaggebend sein, daß die Erzeugnisse des Drahtwerkes für die Aufrechterhaltung der regulären Förderung der Bergwerke heute dringender denn je benötigt werden, weil sie infolge Stilllegens zahlreicher auswärtiger Werke äußerst knapp sind. Eine Produktionsminderung muß demnach unbedingt verhütet werden. Der Schlichtungsausschuß konnte deshalb den Wünschen der Arbeitercharaktere nicht weiter als geschehen, entgegenkommen und nur nach deren Aufforderung, daß sie alles daran setzen werden, einen Produktionsrückgang zu vermeiden. G. 3.

Streiflichter.

Für die Welterhaltung der Lebenskundenfähigkeit

In einer Delegiertenkonferenz beschäftigte sich der christliche Bergarbeiterverband in einer außerordentlichen Generalversammlung der sozialdemokratischen Bergarbeiterverband mit der Frage der Sechsstundenschicht für den Bergbau. U. S. und Spartakus hätten gerne diese Frage zu einem Putsch wieder aber die vernünftiger denkenden Kreise der Bergarbeitercharaktere, die weitens in der Mehrzahl waren, lehnten ein solches arbeiterschädigendes Vorhaben mit Entrüstung ab. Auf legalem, internationalem Wege soll die Sechsstundenschicht erreicht werden, bis dahin aber soll die Lebenskundenfähigkeit beibehalten werden. Kohlen müssen jetzt geschafft werden. Ohne sie stockt das ganze wirtschaftliche Leben Deutschlands und ist zum Untergang verurteilt. Mit Recht schreibt daher der sozialdemokratische Abg. Woldt in der sozialdemokratischen Duisburger „Niederrheinischen Volksstimme“:

„Das ist der furchtbare Ernst der jetzigen Situation, daß wir auf die Bergarbeiter angewiesen sind. Gehen wir mit unserer Kohlenförderung noch mehr zurück, so nimmt die Betriebsstilllegung in den abgelaufenen Wirtschaftskreisen immer größeren Umfang an. Die Arbeiter selbst werden davon betroffen, weil sie am wenigsten wirtschaftlich widerstandsfähig sind, sich zu behaupten.“

Nicht, daß wir den Bergarbeitern das Recht abzprechen wollten, für die Verbesserung ihrer Lebenslage einzutreten. Es ist richtig, daß man vor dem Krieg und während des Krieges an Bergarbeitern gesündigt hat. Es muß alles getan

gehört zur Ehre der Zukunft, daß sie dabei nicht nur das Interesse ihrer Mitglieder, sondern auch dasjenige der Konsumenten wahrnehmen, indem sie von Gesamtwegen für die Güte und Billigkeit der von den einzelnen Meistern hergestellten Produkte die Garantie übernahm. Das bedingte eine strenge Aufsicht, welche die Vorstände über die einzelnen Werksstätten ausübten (Schau). Damit hängt der sogenannte Zunftzwang zusammen, eine Analogie des Flurschwanges auf dem Lande. Nur wer sich dieser Aufsicht fügte, also Mitglied der Zunft war, durfte das Handwerk ausüben. Anfangs war der Beitritt an keine Bedingungen geknüpft, später aber an das Erfordernis der gehörigen Erlaubnis (Bescheinigungsnachweis, b. h. Lehr- und Gesellenzeit, Meisterstück) und an „ehrliches Verhalten“. Gewöhnlich wurde das Rohmaterial von der Zunft im ganzen angekauft und an die einzelnen Gesellen oder „Werber“ verlost. Ebenso wurden von Zeit zu Zeit die über die Stadt verstreuten Verkaufsstellen verlost. Damit sollte die ökonomische Gleichheit der Gilden bewirkt werden. Denn nicht Reichtum, sondern „ehrgemäßes Auskommen“ war zum Ziel gesetzt. Auch die Zahl der Gesellen und Lehrlinge, die der Meister halten durfte, war von der Gesamtheit vorgegeben, da nicht der Einzelne, sondern die Zunft als der von der Stadt bestellte Unternnehmer galt, der nur die Sonderverrichtungen an die Gesellen als Unteramt weiter verleihten hatte. Die Ehre des Handwerks erforderte weiter, daß die Arbeit immer in Person geleistet wurde. Handwerkerarbeit galt für unehriglich, weil der Mensch dabei zum Diener des Werkzeuges herabfiel.

(Schluß folgt.)

werden, um für den Bergmann erträgliche Arbeitsbedingungen zu schaffen, aber wenn die Bergarbeiter jetzt, wo ihre Arbeit am allerwichtigsten brauchen, Huelagerungen werden in eine Bewegung, um das Wirtschaftsleben lahmzulegen, so ist das der blinde Hühner, dem Hahn die Kräfte lenkt, um seinen eigenen Verderber zu erschlagen.“

Verweirte Kraft des Tarifvertrages.

Bei der Auslegung von Tarifverträgen ist es vielfach streitig, ob den bei Abschluß oder Inkrafttreten des Tarifvertrages bei dem Arbeitgeber nicht mehr tätigen Arbeitnehmern die rückwirkend zu zahlenden Gehälter und Löhne bzw. Gehalts- oder Lohnerhöhungen auch dann zustehen, wenn der Tarifvertrag eine ausdrücklich Bestimmung hierüber nicht enthält. Das Gewerbegericht Hamburg hat in einer Entscheidung vom 11. Februar 1919 diese Streitfrage zu Gunsten der klagenden Arbeitnehmer mit folgender Begründung bejaht: Es prüden überwiegende Billigkeitsgründe dafür, auch den schon ausgeschiedenen Arbeitnehmern der Wohlthat einer nachträglichen Auszahlung solcher Gehalts- oder Lohnerhöhungen teilhaftig werden zu lassen, die eigentlich schon früher hätten erfolgen müssen, und denen tatsächlich nur aus diesem Grunde rückwirkende Kraft beigelegt wurde. Es müßte angenommen werden, daß, wenn die Streitfrage bei der Verhandlung über den Tarifvertrag überhaupt zur Sprache gekommen wäre, der Arbeitervorstand jedenfalls die Forderung gestellt hätte, daß auch die ausgeschiedenen die Nachzahlung erhalten sollten, und daß der Arbeitgeber die Forderung aus Billigkeitsgründen nicht hätte bestritten. Bei Auslegung von Tarifverträgen dürfen eben nicht lediglich engherzige Kleinliche Grundfälle in Anwendung kommen.

Gegenüber dem Ehrande des Arbeitgebers, die Klagen abweisen und deshalb seinen Anspruch auf die Zahlung erheben, da der Arbeiter derzeit des Vertrages sich doch nur als Vertreter der beim Abschluß des Tarifvertrages noch in Arbeit stehenden Arbeitnehmer angesehen wurde, beruht das Gewerbegericht die Auffassung, daß der Anschluß eines Gewerbebetriebes nicht nur als Vertreter der gerade in einem bestimmten Zeitpunkte im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer gelten müsse, sondern ebenfalls der zukünftig eintretenden und — soweit es im Einzelfalle einen Sinn habe — auch der bereits ausgeschiedenen Arbeitnehmer. Dr. S.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 8. Febr. dez 7. Nachzahlung fällig, für die Zeit vom 8.—14. Februar.

Den diesmahligen Sendungen des Verbandorgans an die Ortsgruppen liegt das Inhaltsverzeichnis von 1919 des Verbandorgans bei.

Aus dem Verbandsgebiet

Gewelsberg. Am Sonntag, den 18. Januar hielt die bis vor einem Jahr noch kaum in Erscheinung getretene kleine Ortsgruppe unseres Verbandes ihre diesjährige Generalversammlung ab. Eröffnet und geleitet wurde dieselbe von dem langjährigen und treuen Mitarbeiter und Begründer der Ortsgruppe, Kollegen August Trüffel. In seiner Einleitung beachtete er mit kurzen Worten den im vergangenen Jahr verstorbenen Kollegen. Hierauf erteilte er dem Kollegen Stabreit das Wort zur Jahresberichterstattung, aus dem folgende hervorgehoben zu werden verdient: Vor einem Jahr kam 60 Mann zählend, hatte sich die Ortsgruppe unter tätiger Mitarbeit bewährter älterer und jüngerer Kollegen eifrig entwickelt, besonders beachtenswert seien die Fortschritte deshalb, weil gerade das Gewelsberger Gebiet in gewerkschaftlicher Beziehung ein schwer zu bearbeitendes Feld sei und der sozial. Metallarbeiter-Verband jahrelang, von einzelnen Anschnürern abgesehen, die einzige gewerkschaftliche Organisation war. Rechts seitdem der „Bergisch-märkische Kreisverband evangelischer Arbeiter-Vereine“ Ende des Jahres 1918 hier am Ort ein Sekretariat errichtete, welches ein Sammelplatz für alle christl.-nationalen Arbeiter wurde, sammelten sich besonders die Metallarbeiter um den dort tätigen Kollegen. Unter seiner Anleitung und Mitarbeit wurde zunächst der Vertausendmänner-Apparat weiter ausgebaut und gestiftet. Hieraus ergab sich die weitere Möglichkeit, auf dem so beschrittenen Wege weiter vorwärts zu kommen, was sich auch durch die am Jahreschluss 1919 vorhandene etwa vierzehnfache Zahl der Mitglieder gegenüber dem Vorjahr ausdrückt. Da die Ortsgruppe Gewelsberg mit den Gruppen Milpe, Voerde und Schwelm an Fragen angelehrt ist, und es nur als ganzes Gebiet betrachtet und bearbeitet worden ist, konnte auch der Bericht sich naturgemäß nur auf das Gewelsberg-Schwelmer Gebiet erstrecken für Veranschaulichung der finanziellen Ertragslage im genannten Gebiet seien fünf Zahlen wiedergegeben. An Einnahmen wurden erzielte für die Hauptkasse Mk. 51.082.80 und für die Lokalkasse Mk. 25.731.69. An Ausgaben für die Hauptkasse Mk. 11.792.95 und an Ausgabe für die Lokalkasse Mk. 12.186.98. So daß die Zentrale Mk. 39.299.84 und an die Lokalkasse Mk. 13.545.31 abgeführt werden konnten. Der Markenverkauf betrug insgesamt 75.015, was einem Jahresdurchschnitt von etwa 50 Marken pro Mitglied gleichkommt. Ferner konnten auf dem Gebiete der Tarifabschlüsse und Lohnerhöhungen ganz beachtenswerte Erfolge erzielt werden, wobei allerdings zugesehen werden muß, daß die Inflationssteigerung gegenüber den Lebensmittelpreisen nicht im entferntesten Schritt halten konnte und somit der Abstand zwischen Verdienst und täglichen Bedürfnissen nicht nur ein gleicher geblieben, sondern noch größer geworden ist. Ferner forderte daher alle Anwesenden Kollegen auf, auch im neuen Jahre mitzuwirken an dem Wieder-erwerb und der Gründung unseres Volks- und Wirtschaftsbundes, die nur dadurch ermöglicht werden können, wenn jeder Kollege im Sinne der christl.-nationalen Gewerkschaftsbewegung seine Pflicht erfüllt. Diefen Ausführungen schloßen sich die Anwesenden einstimmig an und bekräftigten dieselben damit, daß sich etwa 15—20 Kollegen bereit erklärten, am Sonntag, den 25. Januar, eine rege Delegation mitzumachen.

Die gefällige Vorstandswahl verlief glatt und hatte zur Folge, daß bewährte Kollegen wieder, bzw. neu gewählt wurden und somit die Sicherheit besteht, daß auch im laufenden Jahr hier am Ort zur Ausbreitung unserer gewerkschaftlichen Organisation etwas geschieht wird.

Zum Schluß hielt Kollege Wintgens (Schwelm) einen kurzen Vortrag über „Rückblick und Ausblick“ und verstand es, die Anwesenden in acht prägnanter Weise für die hohen Ideale unserer christl.-nationalen Gewerkschaftsbewegung aus Reue zu begeistern. In kurzen Strichen zeichnete Redner die von uns im kommenden Jahr zu lösenden Aufgaben und zeigte, daß es wirksam der Mühe und des Schwelmes aller Ecken wert sei, diese hohen Pflichten zum Gesamtwohl des Volkes zu erfüllen. Auch diesen Ausführungen

stimmt die Versammlung lebhaft zu und es wurde angeregt, zur weiteren materiellen Kräftigung unserer Organisation weiterhin Überwilligkeit und Rücksichtnahme in noch verstärkterem Maße zur Geltung zu bringen.

Mit einer kurzen Aufforderung des Kollegen Stadreit, das Gebot und in Tat umzusetzen, wurde die mit besetzter Versammlung geschlossen.

St. Ingbert. Am 18. Januar wurde mit dem Verband des Saarindustriellen für die Hütten- und Metallindustrie des Saargebietes ein neuer Tarif abgeschlossen.

Für die eisenverarbeitende Industrie wurden die Löhne für gelernte und ungelernte Arbeiter um 40 Prozent, für Hilfsarbeiter um 45 Prozent erhöht.

Für die eisenverarbeitende Industrie für volljährige Arbeiter folgende Erhöhung von Mk. 1,70—1,80 um Mk. 1,00 pro Stunde, von Mk. 1,35—2,20 um Mk. 0,95 pro Stunde und von Mk. 1,50 und darüber um Mk. 0,80 pro Stunde. Für nicht volljährige Arbeiter ist der Stundenlohn von 20—14 Jahren um Mk. 0,20—2,00 geringer. Es muß gelagt werden, daß wir durch den neuen Tarif einen schönen Erfolg zu verzeichnen haben und ein neuer Beweis dafür ist, daß wir auch in bezug auf Interessensvertretung der Arbeitercharaktere von keiner Seite übertriffen lassen. Wie klein steht die Beitragserhöhung um 80 Pfennig die Woche aus, gegen eine Lohn-erhöhung bis zu 1 Mk. pro Stunde oder gegen 48 Mk. pro Woche. Jetzt muß es aber auch heißen, den letzten Mann in unseren christl. Metall-Arb.-Verband hereinholen. Es darf in nächster Zeit keine Indifferenten mehr geben und es darf kein Unorganisiertes mit ernten und die Frucht einheimen, die wir gesät haben. Die meisten dieser Unorganisierten sind noch für uns zu holen. Auch ist ein großer Teil der hiesigen Arbeiter in Verbänden organisiert, in die sie nach ihrer Weltanschauung nicht gehören, da sie es endlich einmal zu verstehen und Schuldsigkeit aller Mitglieder, nicht zu ernten und zu raufen, bis der letzte christlich gekannte Metall- und Hüttenarbeiter auch hier in St. Ingbert dem christl. Metall-Arbeiter-Verband beigetreten ist. Wohl dürfen wir nicht vergessen, daß die meisten dieser Kollegen, die sich noch im sozialdemokr. Lager befinden, sei es aus Menschenfurcht oder Unkenntnis, nur dann zu uns herüberkommen, wenn wir persönlich an sie heran treten. Auch müssen wir uns Anstrengung verschaffen um Arbe und Antwort stehen können auf die vielen Verdächtigungen, die von gemisierter Seite gegen unseren Verband und insbesondere auch gegen unsere Setze her gemacht werden; denn das müssen hoch auch die beabsichtigten Gewinnen, die bei den Tarifverhandlungen dabei waren, ausgeben, daß ohne unserer geduldeten Mitarbeit nicht das Letzte erreicht werden wäre. Wir fordern auch hier restlose Kooperationsfreiheit, also alle Mann an Bord, ob alt, ob jung; denn es wird noch eine schwere gewerkschaftliche Arbeit bevorstehen. Nur ein starkes christl. Metall-Arbeiter-Verband ist uns Gewähr dafür, daß wir Großes erreichen können.

Arbeitsnachweise. (Nacharbeit nachweise.) Die Frage der Arbeitsnachweise war in der Vergangenheit eine der wichtigsten Fragen für die Arbeitercharaktere und wird es auch in der Zukunft bleiben. In der Vergangenheit hatten die Arbeiter die schwierigsten Kämpfe zu führen gegen die Unternehmer-Arbeitsnachweise, die nach dem Hamburger System der Gesellen eingerichtet waren. Das schied der Vergangenheit an! Wie sich die Dinge aber in der Zukunft gestalten werden, daran ist namentlich die christliche Arbeitercharaktere auf Lebhafteste interessiert.

Für dem Arbeitsnachweis in Karlsruhe geht man zuerst dem über, auf die einzelnen Berufe immer mehr sogenannte Nacharbeiternachweise zu errichten. Vor dem Kriege bestanden hier Nacharbeiternachweise für Bäder, Druckverlei, Kaufleute, für das Biergewerbe und für Brauerei und Mühlenarbeiter. Dazu kamen in jüngster Zeit die Nachweise für Friseur und Metzger. In Vorbereitung befinden sich Nacharbeiternachweise für das Metall- und Holzgewerbe. Die christliche Arbeitercharaktere ist keine Gegnerin der Nacharbeiternachweise; im Gegenteil erstrebt auch sie diese Einrichtung. Zugunsten sie sich aber mit aller Entschiedenheit wehren muß, ist das System, die Art und Weise, wie diese Nacharbeiternachweise aufgebaut werden. So wird z. B. bei dem demnachrichtlich ins Leben tretenden Nacharbeiternachweis für das Metallgewerbe ein sogenannter Ausschuss, eine Überwachungskommission, gebildet, welche aus drei Arbeitgebern und deren Stellvertretern bestehen soll. Die Arbeitnehmer werden aus den betreffenden Berufsorganisationen nach Möglichkeit ihrer Mitgliederzahl entnommen. Die Arbeitgeber wie Arbeitnehmerorganisationen sollen auch entsprechend ihrer Stärke zur Finanzierung herangezogen werden. Den ersten Schalterbeamten wird immer die stärkste Arbeitnehmerorganisation beanspruchen, das ist im vorliegenden Falle der sozialdemokratische Metallarbeiterverband. Haben die freien Gewerkschaften irgendeinen Hebel zu besitzen, so müssen die Bewerber zunächst den Nachweis erbringen, daß sie mindestens 3 oder 5 Jahre Mitglied der sozialdemokratischen Partei und des betreffenden rates Verbandes sind; dann kommt erst die Frage, ob der Bewerber auch die Verdrängung hat, den betreffenden Posten auszufüllen. So war es in der Vergangenheit, so wird es auch in der Zukunft bleiben! So wird es auch gehalten bei der Beschaffung der Nacharbeiternachweise. Die Folge wird sein, daß, sobald einmal alle Berufe am hiesigen Stadt, Arbeiteramt Nacharbeiternachweise besitzen, dieselben parteipolitisch und gewerkschaftlich sozialdemokratischen Charakter haben! Angesichts dieser Tatsache ist die Frage berechtigt: Wird durch dieses System der parteipolitischen Charakter unseres Arbeitsnachweises hier in Karlsruhe nicht schwer herabgemindert? Auf diese Weise nicht das Vertrauen der nicht sozialdemokratisch denkenden Arbeiter zum Arbeitsamt in Frage gestellt werden? Sind einmal für alle großen Berufsgruppen Nacharbeiternachweise errichtet, dann kommen ganz sicher auch die kleinen dazu. Es würde vor einigen Wochen den Nacharbeitern ein Nacharbeiternachweis eingeräumt.

Dann noch eine andere Frage! Wenn einmal alle Berufsgruppen ihre Nacharbeiternachweise haben und somit die größeren in Frage kommen, auch Schalterbeamte aus ihren Verbänden hineingebbracht haben, was soll dann aus jenen Organen werden, die bisher für alle Berufe die Arbeit vermittelten?

Das christliche Gewerkschaftsamt ist der Auffassung, daß für Mitarbeit am Arbeitsnachweis Arbeitgeber und die verschiedenen Arbeitnehmerorganisationen in weitgehendem Maße heranzuziehen sind, und zwar nach demokratischem Prinzip auch die Wirtchaftsorganisationen. Für größere Berufsgruppen sind, soweit es notwendig erscheint, besondere Nacharbeiternachweise zu errichten und persönliche Werbung und Statistik getrennt zu führen. Auch sollen Mitarbeiter aus dem Arbeitsnachweis, ohne Unterschied der Partei und der Gewerkschaftszugehörigkeit, auf Grund ihrer Befähigung herangezogen werden. Die Finanzierung der Arbeitsnachweise muß wie bisher, Sache des Staates und der Gemeinde sein, nur kann wirb der parteipolitische Charakter der Arbeitsnachweise gewahrt bleiben.

Im förmigen ist zu verlangen, daß recht bald eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsnachweise geschaffen wird. Sie sollen rein staatliche Organisationen bilden, die in einer Reichszentrale ihre Zusammenfassung finden.

An der Frage, wie die Arbeitsvermittlung geregelt wird, sind nicht allein die unmittelbar Beteiligten, sondern auch die Allgemeinheit interessiert. Sie kann es nicht dulden, daß dieses wichtige sozialparteiologischen Interessen zum Schaden anderdenkender Vorgesetzt wird.

Dabei sei, die ihr zu Häcktern berufen feilt

Aus der Branchenbewegung.

Seher und Maschinen.

Der Seher- und Maschinen-Verband hat sich seit längerer Zeit... Die Besetzung der... Die Verhandlung wurde...

In einem Verband, der alle Arbeiter umfasst... Die Besetzung der... Die Verhandlung wurde...

Schmiedearbeiter.

In einer am Sonntag bei Möbius... Die Besetzung der... Die Verhandlung wurde...

Aus der Jugendbewegung.

Beitragende Reform des Lehrlingswesens.

Eine der dringlichsten Fragen im Arbeiterleben ist unzweifelhaft... Die Besetzung der... Die Verhandlung wurde...

Eine Reformvorschlage löst der Abgeordnete... Die Besetzung der... Die Verhandlung wurde...

Meine Feststellungen haben auch die Arbeit... Die Besetzung der... Die Verhandlung wurde...

Ich habe vorher schon gesagt, das Handwerk... Die Besetzung der... Die Verhandlung wurde...

Früher ist der Lehrling in die Lehre... Die Besetzung der... Die Verhandlung wurde...

Sobald erscheint mir notwendig: Mitwirkung... Die Besetzung der... Die Verhandlung wurde...

Ich nehme wohl an, daß alle Parteien... Die Besetzung der... Die Verhandlung wurde...

Die Besetzung der... Die Verhandlung wurde...

Zum Schluss findet der Arbeiterführer... Die Besetzung der... Die Verhandlung wurde...

Im gleichen Zusammenhang muß ich auf... Die Besetzung der... Die Verhandlung wurde...

Die Bedeutung und die Tragweite des... Die Besetzung der... Die Verhandlung wurde...

Doppelt Ehrfürcht aber — das möchte... Die Besetzung der... Die Verhandlung wurde...

Literarisches.

Das Jahrbuch der christlichen... Die Besetzung der... Die Verhandlung wurde...

Verfallungs-Kalender

- Samstag, den 7. Februar 1920:
Draht-Neudorf, 7 Uhr abends bei Hemmers...
Sonntag, den 8. Februar 1920:
Zalsburg, Branchenversamm. für Seher und Maschinen...